

*Bundespräsident Christian Wulff*

# Vielfalt zu nutzen wissen

Gastbeitrag anlässlich des fünfzigjährigen Bestehens der Zeitschrift TRIBÜNE

## I.

Das Umfeld, in dem vor 50 Jahren die erste Ausgabe der TRIBÜNE erschien, ist für viele, gerade Jüngere, heute schwer vorstellbar: ein geteiltes, von Krieg und Zerstörung gezeichnetes Land; jüdische Gemeinden, die, durch die Katastrophe der Shoah fast oder vollständig zerstört, erst allmählich wieder gewachsen sind; und eine Gesellschaft, in der nicht wenige in der Bundesrepublik und wohl noch mehr in der DDR bezweifelten, dass jüdisches Leben in Deutschland überhaupt eine Zukunft haben würde.

Was für ein Unterschied zur Aufbruchstimmung, die heute in vielen der mehr als 100 jüdischen Gemeinden unseres Landes herrscht: In den vergangenen zwei Jahrzehnten haben wir erlebt, wie die jüdische Gemeinschaft, vor allem durch Zuwanderer aus den Staaten der ehemaligen Sowjetunion, auf über 100.000 Mitglieder gewachsen ist. Damit stellt sie die drittgrößte jüdische Gemeinschaft in der Europäischen Union dar. Weit zurückreichende und zunächst schwache Wurzeln werden immer stärker.

Davon künden neue, symbolträchtige Synagogen, aber auch Gemeindezentren und Vereine, jüdische Schulen, Kindergärten und universitäre Einrichtungen wie die Hochschule für Jüdische Studien in Heidelberg. Das zeigen wunderbare Bauten wie das Jüdische Museum in Berlin, das nun seit zehn Jahren Besucher aus aller Welt begeistert, und Festveranstaltungen wie die Jüdischen Kulturtage, die seit 25 Jahren lebendige Perspektiven auf die frühere, heutige und künftige jüdische Kultur in Berlin ermöglichen.

Nicht zuletzt bezeugen die vielen Deutschen jüdischen Glaubens und jüdischer Identität, die unser öffentliches Leben bereichern, dass Einflüsse wieder aufleben, die unser Land Jahrhunderte lang geprägt haben. Charlotte Knobloch hat all das bei der Einweihung der neuen Münchner Synagoge im Jahr 2006 so kommentiert: »Es heißt: Wer baut, bleibt. Denke ich diesen Satz zu Ende, dann kann ich heute sagen: Wir haben gebaut, wir bleiben, und wir gestalten mit.«

## II.

Diese positive Entwicklung müssen und wollen wir nach besten Kräften fördern. Denn Religion ist nicht nur Privatsache, sondern zu Recht Teil unserer Gesellschaft. Das verpflichtet uns auch, für die »ungestörte Religionsausübung«, wie es in Artikel 4 des Grundgesetzes heißt, einzutreten. Als junger Mann hat mich die Erfahrung eines Anschlags auf die Synagoge meiner Heimatstadt Osnabrück geprägt. Sie hat mir deutlich vor Augen geführt, dass es in Deutschland immer noch antisemitische Strömungen gibt. Damals habe ich aber auch erlebt, was öffentliche Solidarität bewirken kann. Später, als Ministerpräsident von

Niedersachsen, konnte ich zur Erweiterung der Synagoge für die inzwischen deutlich angewachsene Jüdische Gemeinde Osnabrücks beitragen.

Dieses Engagement setze ich auch als Bundespräsident fort – etwa durch die Eröffnung von Synagogenneubauten wie in Mainz 2010 oder dieses Jahr in Speyer, durch den Besuch von Rabbinerordinationen wie im letzten Jahr in Berlin, in Gesprächen mit Vertretern des Zentralrats der Juden, der im vergangenen Jahr sein 60. Jubiläum feierte, oder eben durch die Anerkennung der langjährigen Verdienste, die sich Zeitschriften wie die TRIBÜNE erworben haben.

Die Freude, die ich ganz persönlich bei diesen Anlässen empfinde, ist untrennbar verbunden mit dem Gedenken an Millionen europäischer Juden, die von den Nationalsozialisten aus ihrem Leben gerissen, verfolgt und ermordet wurden. Die jüdische Gemeinde von São Paulo, mit der ich während meines Staatsbesuchs in Brasilien im Mai 2011 zusammengetroffen bin, wurde 1936 von Immigranten aus Deutschland gegründet. Vor der grausamen Verfolgung geflohen, hatten sie in Lateinamerika Zuflucht gefunden.

Auch künftige Generationen müssen die Wahrheit über das nationalsozialistische Terrorregime kennen – erst recht dann, wenn Überlebende von damals nicht mehr unter uns sein werden. Ich denke hier besonders an den jüngst verstorbenen, in seiner menschlichen Größe zutiefst beeindruckenden Präsidenten des Internationalen Auschwitz Komitees, Noach Flug, der sich große Verdienste gerade auch bei der Zusammenarbeit mit Jugendlichen erworben hat.

Das Vermächtnis der Zeitzeugen müssen wir fortführen. Und daran will ich von Herzen gern mitwirken. Ein Beispiel sind die Gespräche, die der polnische Präsident Komorowski und ich mit jungen Leuten in der Internationalen Jugendbegegnungsstätte Auschwitz führen konnten. Ich habe sehr geschätzt, dass mich auch Dieter Graumann, der Präsident des Zentralrats der Juden in Deutschland, auf dieser Reise begleitet hat.

### III.

Die ermordeten Juden Europas verpflichten uns, für ein weltoffenes Deutschland einzutreten, das die Würde des Menschen unter allen Umständen verteidigt. In unserem Land soll jeder und jede nach eigenem Glauben und eigenem Gewissen frei leben können.

Denn in der globalisierten Welt können Gesellschaften nur bestehen, wenn sie offen sind und ihre größer gewordene Vielfalt zu nutzen wissen. Hierzu gehört zuallererst, Verschiedenheit anzuerkennen, wertzuschätzen und für das Gemeinwesen fruchtbar zu machen.

Um dieser Offenheit willen muss unsere Gesellschaft Antisemitismus, Islamfeindschaft und Extremismus in all seinen Formen entschieden bekämpfen. Auch das Internet zeigt, wie wachsam wir sein müssen: Ein Beispiel ist der Hackerangriff auf die Webseite der KZ-Gedenkstätte Buchenwald im Jahr 2010, bei dem Inhalte zum Teil gelöscht und mit rechtsextremen Symbolen und Parolen versehen worden waren. Neben dem entschiedenen Vorgehen von staatlicher Seite sind alle Bürger aufgefordert, hinzusehen, einzugreifen und so einen Schutzschild gegen Intoleranz zu bilden.

Dabei spielt der Dialog zwischen den Religionsgemeinschaften eine wichtige Rolle. Gerade hier sollten wir Mut zeigen und auch schwierige Themen angehen. Dazu gehört das Problem antisemitischer Strömungen, das wir auch unter muslimisch geprägten Jugendlichen beobachten. Vertreter des Zentralrats der Juden und des Zentralrats der Muslime haben erste bedeutende Schritte getan, um dieser Herausforderung zu begegnen. Denn nur, wenn

alle die Regeln des respektvollen Zusammenlebens annehmen, kann der Zusammenhalt in unserer bunten gewordenen Gesellschaft wachsen.

#### IV.

Der Beitrag von Juden, Christen, Muslimen sowie religiös und weltanschaulich anders geprägten Menschen ist entscheidend für einen fruchtbaren gesellschaftlichen Austausch über Weltbilder. Religiöse und humanistische Werte prägen das soziale Miteinander: gegen Gleichgültigkeit, Egoismus und Ignoranz.

Gerade die Erfahrungen, die die jüdischen Gemeinden mit der Aufnahme der Zuwanderer nach dem Ende der Sowjetunion gemacht haben, sind hier wichtig – für die Gemeinden selbst, aber auch für unsere Gesellschaft als Ganzes. Manche Gemeinde hat bei der Integration der kulturell so verschiedenen, von der Religion teils entfernt lebenden Neumitglieder die Grenzen ihrer Belastbarkeit getestet. Wenn dabei auch nicht alles perfekt lief, so wurde doch Großes geleistet – die neu Hinzugekommenen haben in ihren Gemeinden Hilfe erfahren, Unterstützung und Hoffnung. Und die Gemeinden haben sich dank ihrer verjüngt. Jüdisches Leben in Deutschland wurde so entscheidend gestärkt.

Wir alle wissen von Konflikten, die beim Aufeinandertreffen unterschiedlicher Sprachen und Kulturen entstehen können. Lösen werden wir diese Konflikte nur, wenn alle Beteiligten sich zugehörig fühlen. Erst dann kann Teilhabe und der friedliche Ausgleich aller Interessen gelingen. Für die Gemeindegarbeit wie für den Dialog zwischen Juden, Christen, Muslimen, Anders- und Nichtgläubigen gilt: Wir müssen uns füreinander interessieren, miteinander sprechen und lernen, Kontroversen in Respekt und Toleranz auszutragen.

#### V.

Die deutsche Geschichte verpflichtet uns aber nicht nur, die Werte unseres Landes entschlossen zu verteidigen. Eine direkte Folgerung aus der Shoah ist es auch, für das Existenzrecht des Staates Israel einzutreten. Die Beziehungen zwischen Deutschland und Israel bleiben einzigartig. Ihre Pflege ist mir ein persönliches Anliegen. Deshalb habe ich im November 2010, zu Beginn meiner Amtszeit, Israel besucht.

Junge Menschen aus ganz Deutschland haben mich auf dieser Reise begleitet. Gemeinsam mit Präsident Peres haben meine Tochter und ich in Yad Vashem in einer bewegenden Zeremonie, die durch die Jugenddelegation mit gestaltet wurde, der Opfer der Shoah gedacht.

Diese Präsenz junger Deutscher und ihr Zusammentreffen mit israelischen Jugendlichen sollen Zeichen setzen. Denn damit unser einzigartiges bilaterales Verhältnis in Zukunft fortbesteht und sich weiterentwickeln kann, ist es wichtig, dass gerade junge Menschen unserer beiden Länder einander noch besser kennen- und verstehen lernen und Netzwerke bilden.

Dazu tragen auf deutscher Seite ganz erheblich das Koordinierungsbüro ConAct mit seinem Jugendaustauschprogramm, viele private Initiativen und ein dichtes Netz von Wissenschafts- und Kulturbeziehungen bei. Künstler und Musiker aus beiden Ländern bereichern die kreative Szene von Tel Aviv und Berlin. An Begegnung und Austausch einen ganz entscheidenden Anteil hat das Engagement der vielen Freiwilligen, die sich seit 50 Jahren aus Deutschland nach Israel und seit letztem Jahr auch in umgekehrter Richtung aufmachen, um

ehrenamtliche Arbeit überwiegend in sozialen Projekten zu leisten. Hierbei hat sich die Aktion Sühnezeichen Friedensdienste bleibende Verdienste erworben. Um die deutsch-israelischen Beziehungen zukunftsfest zu machen, engagieren sich Präsident Peres und ich persönlich für das Deutsch-Israelische Zukunftsforum, eine Initiative der Präsidenten beider Länder. Bei meinem Besuch in Israel haben wir gemeinsam mit dem Kuratorium die Arbeit der Stiftung erörtert.

## VI.

Die Sicherheit des Staates Israel ist für Deutschland nicht verhandelbar. Es bleibt eine unumstößliche Maxime unserer Politik, für das Existenzrecht Israels einzutreten und kompromisslos gegen Antisemitismus zu kämpfen. Ein iranisches Regime, das den Holocaust leugnet und Israel »auslöschen« will, darf nicht in den Besitz der Atombombe kommen. Dies hätte verheerende Folgen – für die Sicherheit Israels, aber auch für die gesamte Region und am Ende für uns alle. Deutschland setzt deshalb gemeinsam mit seinen Partnern alles daran, eine politische Lösung für die Bedrohung zu finden, die vom iranischen Atomprogramm ausgeht.

In der arabischen Welt ist es in diesem Jahr zu historischen Bewegungen gekommen. Sie haben in Tunesien, Ägypten und Libyen letztlich die Freiheit gestärkt, dieser Freiheitswille ist aber leider oft gewaltsam unterdrückt worden. Eine erfolgreiche Transformation, durch die Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und die Menschenrechte gefördert werden, bietet Chancen für die gesamte Region, einschließlich des Nahostkonflikts. Auch die israelische Regierung kann dazu beitragen, indem sie die Chancen des Wandels durch ein aktives Herangehen an den Friedensprozess im Nahen Osten nützt und unterstützt.

Denn langfristig kann die Sicherheit Israels nur durch einen dauerhaften und gerechten Frieden in Nahost erreicht werden. Der Stillstand, den wir seit längerer Zeit im Nahost-Friedensprozess erleben, muss überwunden werden. Gewalt ist keine Lösung.

Auf beiden Seiten ist der Wunsch nach Frieden groß. Besonders beeindruckend haben mir das die Schülerinnen und Schüler der Schule Talitha Kumi bei Bethlehem vermittelt. Daniel Barenboims West-Eastern Divan Orchestra, dessen Musik mich diesen Sommer in Berlin begeisterte, demonstriert die Kraft, die ein friedliches Zusammenspiel von Israelis und Palästinensern entwickeln kann.

Frieden heißt, dass Israel und ein lebensfähiger palästinensischer Staat in anerkannten Grenzen Seite an Seite leben. Deshalb habe ich bei meinen Gesprächen mit Präsident Peres, Ministerpräsident Netanjahu und Außenminister Lieberman in Israel sowie mit Präsident Abbas in den Palästinensischen Gebieten zur Fortsetzung substanzieller, direkter Verhandlungen aufgefordert. Wichtig ist, eine tragfähige Grundlage für die Wiederaufnahme eines politischen Prozesses zu schaffen. Gleichzeitig unterstützen wir nachhaltig den Aufbau funktionierender staatlicher Strukturen in den Palästinensischen Gebieten, ohne die eine Zweistaatenlösung nicht gelingen kann.

## VII.

Deutschland und Israel sind heute politisch und gesellschaftlich eng verbunden. Die Regierungskonsultationen, die bisher dreimal stattgefunden haben, sind dafür ein besonders

sichtbarer Ausdruck. Israel ist das einzige außereuropäische Land, mit dem wir solche Konsultationen führen.

Über die schmerzhafteste Geschichte hinaus eint Deutsche und Israelis das Interesse, in Zukunftsbereichen von Wissenschaft und Technologie, Wirtschaft, Kultur und Bildung zu kooperieren: ich denke an das Zusammenwirken hochinnovativer israelischer Technologien und deutscher Industrien im Bereich der Solarenergie oder auch an unsere Wissenschaftler, die gemeinsam an der Entwicklung neuer Therapien gegen Krankheiten wie Krebs und Alzheimer arbeiten. Wie viel Potenzial in solchen Kooperationen steckt, wurde mir bei meinem Besuch der Hebräischen Universität in Jerusalem und bei einem deutsch-israelischen Solarunternehmen in Be'er Scheva deutlich.

Ein wichtiges Thema für den deutsch-israelischen Dialog ist auch der gesellschaftliche Zusammenhalt. Die Tatsache, dass Deutschland heute in zunehmendem Maße und Israel von Anfang an durch Einwanderer geprägt sind, macht unser tägliches Leben vielfältig. In beiden Ländern führt das bisweilen zu Spannungen, es eröffnet aber auch große Chancen. Wie wir damit umgehen und eine wahrhaft weltoffene Gesellschaft verwirklichen – das sind Fragestellungen, bei denen unsere beiden Länder voneinander lernen können.

## VIII.

Wenn heute erfreulicherweise wieder mehr jüdische Mitbürger in Deutschland leben, dann stärkt das auch das europäische Judentum als Ganzes. Ich wünsche mir, dass das Judentum in Europa sich, wie auch in Israel und den USA, zu einer immer lebendigeren Gemeinschaft entwickelt. Dann wäre es stark genug, um »eine weitere Stimme in diesem lebendigen Konzert beitragen zu können«, wie es Walter Homolka vom Potsdamer Abraham-Geiger-Kolleg in einem Interview formulierte.

Auch Deutschland trägt dafür Verantwortung, dass ein solches vielstimmiges Konzert erklingen kann – indem die bei uns lebenden Menschen jüdischen Glaubens und jüdischer Identität unser Land als Teil ihrer Heimat sehen, aber auch durch unsere enge Freundschaft mit Israel.

Die Voraussetzungen dafür sind gut. Dieter Graumann hat es so ausgedrückt: »Noch niemals haben Juden hier so frei und so gut leben können wie gerade jetzt«. Dieses gute Leben in Verantwortung vor der Geschichte zu erhalten und für die Zukunft zu stärken – dieser Aufgabe wollen wir uns auch weiterhin als Gemeinwesen stellen.